

Medieninformation

Sächsische Staatskanzlei

Ihr Ansprechpartner
Ralph Schreiber

Durchwahl
Telefon +49 351 564 10300
Telefax +49 351 564 10309

presse@sk.sachsen.de*

21.06.2015

Ostdeutsche Braunkohlekraftwerke erfüllen Klimaziel auch ohne Zusatzabgabe

Dresden (21. Juni 2015) - Der planmäßige Weiterbetrieb der Braunkohlekraftwerke im Lausitzer und im Mitteldeutschen Revier steht dem Erreichen der deutschen CO₂-Reduktionsziele bis 2050 nicht entgegen. Zu diesem Fazit kommt der ausgewiesene Energieexperte Prof. Dr. Georg Erdmann von der TU Berlin, der auch Mitglied der von der Bundesregierung bestellten unabhängigen Expertenkommission zur wissenschaftlichen Begleitung des Energiewende-Monitorings ist.

Damit steht die hiesige Braunkohleverstromung dem Ziel der Bundesregierung, die deutschen Treibhausgasemissionen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts um 80 bis 95 Prozent gegenüber dem Ausgangswert von 1990 zu reduzieren, nicht entgegen. Ministerpräsident Stanislaw Tillich sieht sich durch dieses Ergebnis in seiner Haltung bestärkt: „Professor Erdmann weist überzeugend nach, dass unsere Braunkohlekraftwerke auch ohne den vom Bundeswirtschaftsminister angestrebten „Klimabeitrag“ die nötige CO₂-Reduktion erbringen. Und dies nicht erst zum Ende, sondern bereits zur Mitte dieses Jahrhunderts.“ Damit werde der Klimabeschluss des aktuellen G7-Gipfels, bezogen auf die hiesige Braunkohle, sogar deutlich früher erfüllt, so Tillich.

In seiner Analyse bestätigt Prof. Erdmann auch, dass die ostdeutschen Braunkohlekraftwerke bereits zwischen 1990 und 2014 ihre CO₂-Emissionen um 45 Millionen Tonnen bzw. 40 Prozent reduziert hätten. „Ohne diesen Reduktionsbeitrag hätte Deutschland die international zugesagten Reduktionsziele für die Kyoto-Periode nicht erreicht“, konstatiert der Berliner Wissenschaftler.

Dieser beachtliche Erfolg sei vor allem auf das umfassende Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die ostdeutsche Braunkohleindustrie nach der Wiedervereinigung zurückzuführen. So wurden etwa in der Lausitz seit 1990 fast 9.000 Megawatt Kraftwerksleistung stillgelegt, mehr als 4.000

Hausanschrift:
Sächsische Staatskanzlei
Archivstr. 1
01097 Dresden

www.sk.sachsen.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 9, 13

Für Besucher mit Behinderungen
befinden sich gekennzeichnete
Parkplätze am Königsufer.
Für alle Besucherparkplätze
gilt: Bitte beim Pfortendienst
melden.

* Kein Zugang für verschlüsselte
elektronische Dokumente. Zugang
für qualifiziert elektronisch signierte
Dokumente nur unter den auf
www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html
vermerkten Voraussetzungen.

MW neu errichtet und weitere 4.000 MW mit moderner Umwelttechnik nachgerüstet und aufgewertet. Diese hohen Investitionen haben aktuell bei den CO₂-Emissionen einen „Plateau-effekt“ zur Folge, der bis etwa 2030 anhalten werde. Erst danach – nach Ablauf der Amortisationsdauer – gehen zahlreiche Kraftwerksblöcke planmäßig vom Netz. Die Bundesregierung selbst hat mehrfach betont, dass nicht eine „Punktlandung“ für ein bestimmtes Jahr, sondern der langfristige Entwicklungspfad entscheidend seien.

Der Gutachter kommt zu dem Schluss, dass es somit „keinen erkennbaren Grund für politische Interventionen zulasten der Betreiber von Braunkohlekraftwerken und ihren Mitarbeitern, Zulieferern und Standortgemeinden“ gebe, mit denen „einer vom Strukturwandel gezeichneten Region eine heute noch wesentliche ökonomische Grundlage“ entzogen würde.

Im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei hat Prof. Erdmann die CO₂-Emissionen der ostdeutschen Braunkohlekraftwerke und deren Verträglichkeit mit den deutschen Klimazielen untersucht. In seiner Studie weist Erdmann nach, dass die Braunkohlekraftwerke des Lausitzer und des Mitteldeutschen Reviers ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr 1990 plangemäß reduzieren.

Das Resümee des Kurzgutachtens von Prof. Dr. Georg Erdmann ist als Anlage beigefügt.

Medien:

[Dokument: Resümee des Kurzgutachtens](#)